

Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **IV/2008/07161**
Datum: 08.04.2008
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Wehrich, Dietmar

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	29.04.2008	öffentlich Entscheidung

Betreff: **Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Halle als Modellstadt für Klimaschutz, Energieeffizienz und erneuerbare
Energien**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bekundet seinen ausdrücklichen Willen, die Stadt Halle (Saale) als Vorreiter („Modellstadt“) für Klimaschutz, Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu entwickeln. Die diesbezüglichen Aktivitäten der Stadt Halle (Saale) sollen zukünftig prägend für das Image der Stadt werden.

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, gemeinsam mit Partnern aus Verwaltung, städtischen Beteiligungsunternehmen und Politik eine entsprechende Handlungsstrategie zu entwickeln. Insbesondere soll auch gemeinsam mit der Landesregierung beraten werden, welche Projekte mit Fördermitteln umgesetzt werden können.

Über die Aktivitäten der Verwaltung ist der Stadtrat regelmäßig zu unterrichten.

gez. Dietmar Wehrich
Stadtrat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Begründung:

Die weltweiten CO₂-Emissionen müssen bis zum Jahr 2015 auf dem Niveau von 1990 stabilisiert und bis zum Jahr 2050 halbiert werden, wenn die fortschreitende Erwärmung der Erde wenigstens auf zwei Grad Celsius bis zum Ende dieses Jahrhunderts begrenzt werden soll. Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen an Kohlenstoffdioxid müssen daher drastisch reduziert werden. Die bisherige Reduktion von Treibhausgasen in Halle ist in großem Maße auf die negative demografische Entwicklung und den Zusammenbruch der alten Industriestruktur zurückzuführen. Sie ist wegen der immer noch sehr hohen CO₂-Emissionen lange nicht ausreichend. Erfolge im Klimaschutz dürfen sich nicht nur auf eine allgemeine Schrumpfung stützen, sondern müssen durch aktives Handeln erzielt werden.

Städte haben eine besondere Verantwortung bei der Erfüllung der Klimaschutzziele. Hier wirkt die Vorbildfunktion einer nachhaltig handelnden Stadtverwaltung mit direkten Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen von Treibhausgasen und der Möglichkeit für einen großflächigen Einsatz Erneuerbarer Energien zusammen. Ein als Querschnittsaufgabe in der Stadtentwicklung verankerter Klimaschutz bleibt nicht länger abstrakt, sondern führt rasch zu Ergebnissen und inspiriert alle Bürgerinnen und Bürger zu eigenem Handeln.

Darüber hinaus leistet Klimaschutz auch wichtige Beiträge, um die regionale Wirtschaft zu stützen und bestehende Arbeitsplätze zu sichern. Wie groß das Potenzial sein kann, zeigt eine wissenschaftliche Studie der Wuppertal Institut für Umwelt, Klima, Energie GmbH für die (Klimaschutz-) Region Hannover. Danach könnten dort bis 2020 allein 2000 – 3700 Vollzeitarbeitsplätze durch Klimaschutz-Investitionen entstehen. Für die Region Halle dürfte das Potenzial aufgrund der besseren Ausgangsbedingungen (u.a. Nähe zum „Solar-Valley“ Thalheim) sogar noch größer sein. Darüber hinaus könnte ein Engagement der Stadt Halle im Bereich erneuerbare Energien die aktuell avisierte Investition einer Firma aus dieser Branche auf dem Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14 („BMW-Gelände“) positiv beeinflussen.

Antrag des Stadtrates Dietmar Weihrich – BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN – Halle als Modellstadt für Klimaschutz, Energieeffizienz und erneuerbare Energien – Vorlagen-Nummer: IV/2007/07161

Stellungnahme:

Die Verwaltung greift den Antrag positiv auf, da dieser im Zusammenhang mit den strategischen Zielen der Stadt Halle (Saale) steht, hierbei insbesondere mit dem Ziel der „Verbesserung des positiven Images nach Innen und Außen“.

Dieser Antrag steht in engem Zusammenhang mit weiteren Anträgen des Stadtrates, wie z. B.

- der Folgenabschätzung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Stadt Halle (Saale),
- die Wiederaufnahme und Ausweitung des Projektes „Klimaschutz macht Schule
- die Erarbeitung von Umweltqualitätszielen,
- die Teilnahme an der Kampagne „Solar Lokal“,
- die Heizungsoptimierung in kommunalen Gebäuden sowie
- die Beschaffung von PKW für den allgemeinen Dienstbetrieb, deren CO₂-Ausstoß nicht höher als 130 g/km liegt.

Ergänzend sind dazu Initiativen der Verwaltung zu nennen, wie

- die Teilnahme am Projekt „Kommunaler Heizspiegel“,
- an der „Woche der Sonne“,
- an der „Europäischen Woche der Mobilität“ u. a..

Die Verwaltung vermittelt derzeit zwischen einem Investor und zukünftigen Betreiber einer Photovoltaikanlage (ca. 2000 m²) und einem Wohnungsunternehmen.

Dachflächen für weitere Interessenten werden seit September 2007 über die städtische Homepage vermittelt.

Außerhalb der Verwaltung propagiert der Verein regstrom e. V. den Einsatz alternativer Energien durch Modellprojekte.

Über die Aktivitäten der Verwaltung wird der Stadtrat in der Berichterstattung zur nachhaltigen Entwicklung (Agenda, Nachhaltigkeitsindikatorensystem IGNIS) unterrichtet.

Eberhard Doege
Beigeordneter